

Zeitschrift: St. Galler Schreibmappe
Band: 20 (1917)

Artikel: Die Schweiz im Kriegsjahre 1916
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-948090>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE SCHWEIZ IM KRIEGSJAHRE 1916.

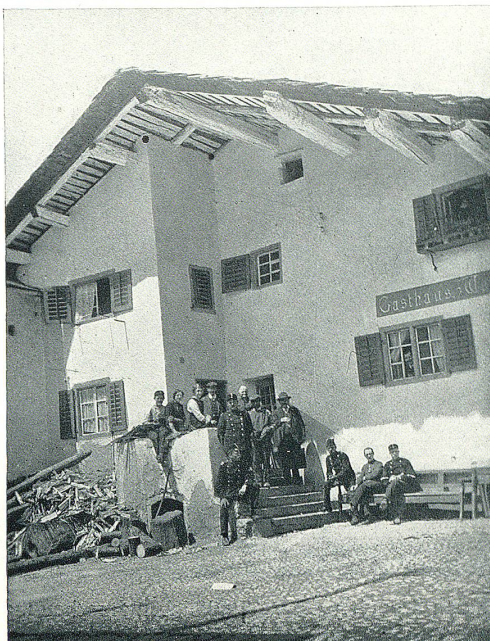
(Mit fünf photographischen Aufnahmen aus dem Grenzdienst des *St. Galler Landwehr-Bataillons 160* von *Ernst Frei*, St. Gallen.)

Je länger der Weltkrieg dauert, desto größer werden auch die Schwierigkeiten und Nöte der neutralen Staaten, die infolge der tatsächlichen Außerkraftsetzung völkerrechtlicher Grundsätze eines wesentlichen Schutzmittels beraubt sind und nur durch kluge diplomatische Verhandlungen von Fall zu Fall vermeiden können, daß sie die Neutralität nicht mit einer völligen Lahmlegung ihrer nationalen Volkswirtschaft bezahlen müssen. Es wäre ungerecht gegenüber dem Schicksal, das bisher unser Schweizerhaus vor den Flammen des Krieges gnädig bewahrt hat, diese materiellen Sorgen und Einschränkungen auch nur von ferne mit den ungeheuren Leiden der kriegführenden Staaten zu vergleichen; aber Tatsache ist, daß der Bundesrat im verfloßenen Jahre wiederholt vor Situationen sich gestellt sah, die von ihm ein Höchstmaß staatspolitischer Einsicht, Kraft und Selbstvertrauen verlangten. Es hat sich leider herausgestellt, daß die zum Zwecke des Wirtschaftsverkehrs mit den kriegführenden Mächtegruppen geschaffenen Institutionen, Treuhandstelle einerseits und S. S. S. anderseits, nicht geeignet waren, auf die Dauer unser Land vor neuen Schwierigkeiten und selbst Konflikten zu bewahren. Der stetig sich verschärfende Wirtschaftskrieg brachte es mit sich, daß auch die Schweiz wider ihren Willen zu einer Art *wirtschaftlichen Nebenkriegsschauplatzes* wurde, wo die eine Gruppe ihre Blockadepolitik restlos durchzusetzen, die andere im Gegenteil die Blockade zu sprengen suchte. Den Schaden hatte natürlich die Schweiz zu tragen. Wohl infolge der Pariser Konferenzbeschlüsse interpretierte die Entente eine wichtige Bestimmung der S. S. S.-Statuten viel enger, als der Bundesrat beim Abschluß des Vertrages glaubte annehmen zu dürfen; die Folge war eine Stockung des Kompensationsverkehrs, die zu jener berühmten *deutschen Note*, dem Ausgangspunkt einer Kette langwieriger diplomatischer Unterhandlungen, führte. Der Bundesrat versuchte zunächst durch eine nach Paris entsandte *Spezialdelegation* die Entente zum Entgegenkommen zu bewegen, und als diese

Bemühungen leider ein negatives Resultat zeitigten, entschloß er sich zu Unterhandlungen mit dem anderen Kontrahenten, die von Erfolg gekrönt waren und den Abschluß eines *schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens* erreichten. Dadurch wurde der Kompensationsverkehr mit den Zentralmächten auf eine neue Basis gestellt, und die für unsere nationale Industrie unentbehrliche Zufuhr von Kohle, Eisen und anderen Rohstoffen wenigstens bis zum kommenden Frühjahr gesichert, ebenso die Zufuhr von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln. Obwohl dieses Abkommen die Interessensphäre der Entente in keiner Weise tangiert, sind wir dadurch immer noch nicht am Ende der wirtschaftlichen Konflikte angelangt. Eine von unrichtigen Voraussetzungen ausgehende *Note der Entente* forderte vom Bundesrat die Anwendung der gleichen Grundsätze auf den Wirtschaftsverkehr mit den Westmächten, wobei freilich das Prinzip auf die Spitze getrieben und in schlechthin unannehmbare Postulate gekleidet wurde; die Angelegen-

heit ist zur Stunde noch nicht abgeschlossen, obwohl zu erwarten steht, daß die kraftvolle und entschiedene, vom ganzen Schweizervolk gebilligte *Antwort des Bundesrates* wesentlich zur Abklärung der Situation beigetragen hat.

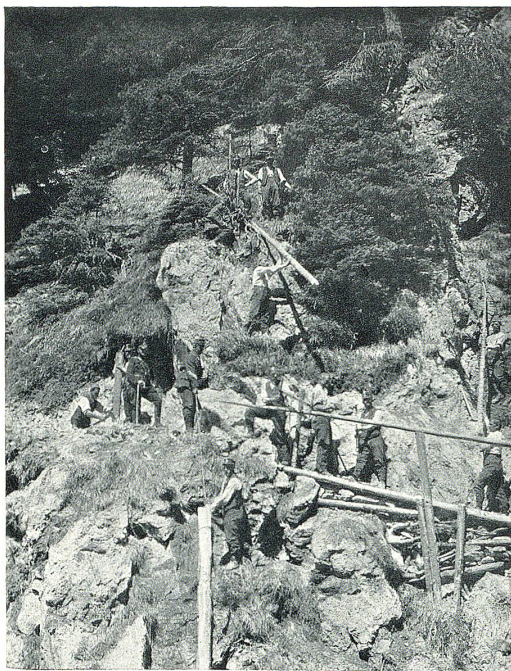
Noch stärker als in der auswärtigen Politik machten sich für unser Land die Wirkungen des Krieges im *Innern* geltend. Man darf wohl sagen, daß das Jahr 1916 uns den *Höhepunkt der innerpolitischen Krise* in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, vor allem im Gegensatz zwischen Deutsch und Welsch, gebracht hat. Glücklicherweise darf aber beigefügt werden, daß die *Lösung* der Krise, die Entspannung, in den gleichen Zeitabschnitt fällt. Wenn auch jetzt noch Nachwirkungen des Fieberzustandes, in dem unser Staatsorganismus sich befand, gelegentlich zu bemerken sind, kann doch mit hoher Befriedigung konstatiert werden, daß der schweizerische Staatsgedanke die schwere Belastungsprobe bestanden hat und neugefestigt aus den Wirrnissen unserer Zeit hervorgegangen ist. Das ist das tröstende Aktivum der



Ein traulicher Soldatenwinkel.



politischen Bilanz eines Jahres, das im Zeichen der „Affären“ stand und in der Geschichte hoffentlich mehr nach diesem Ergebnis, als nach einzelnen Vorfällen und Stimmungen beurteilt wird. Schmerzlich muß es dabei jeden Patrioten berühren, daß die *Armee*, der Schutz und Schirm unserer staatlichen Unabhängigkeit, die Veranlassung und der Hauptzielpunkt der von verschiedenen Seiten erfolgenden Angriffe war. Es ist ja zuzugeben, daß infolge der langen Mobilisationszeit und menschlicher Unvollkommenheit mancherlei begründete Verstimmungen entstanden und Unkorrektheiten vorkamen; aber alle diese Erscheinungen rechtfertigten in keiner Weise die systematische Heße, die von unverantwortlichen Agitatoren gegen unser gesamtes Wehrwesen inszeniert wurde. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß diese verwerfliche Minierarbeit dem gesunden Geist und dem inneren Halt unseres Milizheeres keinen dauernden Schaden zufügen konnte, wie auch trotz bedauerlicher individueller Entgleisungen und trotz einer dem schweizerischen Volksempfinden fremden Überspannung militärischer Begriffe in einzelnen Kreisen die Armee im besten Sinne populär geblieben ist, zum Wohle unseres Vaterlandes, das in diesen furchtbar ernsten Tagen auf seine Wehrkraft unbedingt vertrauen muß. Die ungeheuerlichen Anklagen, die gegen einzelne hohe Offiziere erhoben wurden, konnten glücklicherweise näherer Prüfung nicht Stand halten. Dies gilt vor allem von der *Obersten-affäre*, die das Schweizervolk in große Aufregung versetzte, aber durch das energische Vorgehen des Bundesrates bald auf die den Tatsachen entsprechenden Dimensionen zurückgeführt wurde. Die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Obersten Egli und v. Wattenwyl, die mit einem Freispruch der Angeklagten endigten, zeigten zur Evidenz, daß das böse Wort „Landesverrat“ zu Unrecht herumgeboten worden war; die Verfehlungen reduzierten sich auf eine Neutralitätsverletzung, die durch eine strenge disziplinarische Strafe von Seite des Generals geahndet wurde. Die Angelegenheit war aber insofern von großer Tragweite für unsere innere Politik, als infolge dieses Vorkommnisses die latente Krise offen ausbrach.



Dem Bundesrat und den Spitzen der Armee, die in diesen Tagen viele Anfechtungen zu erdulden hatten, erstanden kraftvolle Verteidiger in den imposanten *Volkstagungen*, die als Reaktion auf die Erregung der Gemüter in der Westschweiz

und auf die antimilitaristische Kampagne der äußersten Linken in verschiedenen Städten der deutschen Schweiz abgehalten wurden. Es sei nur an die von sechstausend Mann besuchte Versammlung in Bern und an den denkwürdigen Parteitag der St. Galler Freisinnigen erinnert, an dem Herr Nationalrat Dr. *Mächler* in gedankenreicher patriotischer Rede die politische Situation beleuchtete. Der Denkweise der welschen Eidgenossen wurde dabei alle Gerechtigkeit zu teil; nur wurde mit Nachdruck der Gedanke der nationalen Einigkeit und Geschlossenheit allen zentrifugalen und zersetzenden Tendenzen entgegengestellt. Die Wirkung dieser Kundgebungen blieb denn auch nicht aus, indem jene *historische Frühjahrssession der Bundesversammlung*, an der in acht tägiger Redeschlacht die grund-

sätzlichen Anschauungen aufeinanderplähten, von Anfang an vom Gedanken der staatlichen Zusammengehörigkeit beherrscht war und auch mit einem unzweideutigen Erfolge dieser durch die realen Verhältnisse wie durch die große Idee der Freiheit bedingten Anschauungen über alle gefühlsmäßigen Abirrungen endigte. Es ist nicht zu bestreiten und darf auch in der Erinnerung als nützliche Lehre für die Zukunft behalten werden, daß dabei recht kritische Momente zu überwinden waren. Sie entstanden besonders dadurch, daß die Opposition ihre Angriffe auf den *Generalstabschef*, dessen Zeugenaussagen im Oberstenprozeß auf die Goldwaage gelegt wurden, in nicht mißzuverstehender Absicht konzentrierte. Dank der Festigkeit des Bundesrates, der den hervorragenden Offizier deckte, und dem loyalen Entgegenkommen führender westschweizerischer Politiker konnte eine Einigungsformel gefunden werden, durch die der feste Wille zur Neutralität neu bekräftigt wurde. Von den *außerordentlichen Vollmachten* hatte sich der Bundesrat mit gutem Grunde nichts abmarkten lassen; die regelmäßige Behandlung der Neutralitätsberichte, die in der Folge in Kommission und Plenum zu langen Dis-

kussionen Anlaß gab, bietet wahrlich genügende Garantien für eine richtige Handhabung der vom Parlament der Landesregierung delegierten Kompetenzen. Die *Suprematie der Zivilgewalt* über die Militärgewalt, die von voreingenommenen Kritikern zu Unrecht angezweifelt wurde, ist vom Bundesrat wiederholt ausdrücklich proklamiert worden. Seit jener großen parlamentarischen Aussprache, die eine Einigung der divergierenden Ansichten, soweit diese auf nationalem Boden vertreten werden, in den wesentlichen Punkten ergab, war das kritische Stadium unserer inneren Politik in der Hauptsache überschritten. Daran vermag die Tatsache, daß kurz nachher durch weitere „Affären“ vorübergehend neue Aufregung in der welschen Schweiz entstand, nichts zu ändern. Quellen der Unzufriedenheit waren zunächst der Fall Froidevaux, in dem das rigorose Urteil des Kriegsgerichtes durch die Appellationsinstanz revidiert wurde, die maßlos aufgebauschte „Affaire des trains“ (Truppentransporte nach der Westschweiz) und die Mißverständnisse, die mit dem Fliegerangriff auf Pruntrut zusammenhingen. Auch die Kette kleinerer oder größerer Zwischenfälle, die über den Fall Bircher-de Loys und die mit dem *Roten Sonntag* zusammenhängenden wohlbegründeten Maßnahmen des Bundesrates bis in die jüngste Zeit sich fortsetzte, vermochte die zunehmende Entspannung nicht zu verhindern. Denn es waren in der welschen und in der deutschen Schweiz unermüdlich vaterländisch gesinnte Männer an der Arbeit, um den berüchtigten „Graben“ auszufüllen, und anderseits widerlegte die deutsche Schweiz durch die Tat, zum Teil in einer Art Selbstverleugnung, die von den welschen Eidgenossen gehegte Furcht vor Majorisierung, so bei einer vielbesprochenen Bundesrichterwahl u. durch die wohlwollende Aufnahme der Motion auf Vergrößerung des Bundesrates. Unbestreitbar feiert der *Föderalismus* in der jüngsten politischen Entwicklung unseres Landes die Wiederaufstehung in einem Maße, das den Anhängern eines starken Bundes nicht sehr willkommen sein kann; Gründungen, wie die „Idée libérale“, dienen vor allem der zielbewußten Förderung dieses Gedankens, der zum großen politischen Schlagwort unserer welschen Eidgenossen geworden ist. Wir können diesen Gegensatz zwischen Etatismus

und Individualismus nicht aus der Welt schaffen; vielmehr wird es unsere Aufgabe sein, auch die föderalistischen Strömungen nach Möglichkeit in Kanäle zu leiten, wo sie zum Nutzen und Vorteil des gemeinsamen Vaterlandes gereichen. Wie National-

rat Dr. *Forrer* in seiner glänzenden Rede in Bern betont hat, bildet die *positive Arbeit* an der Hebung der nationalen Volkswohlfahrt das wirksamste Bindeglied zwischen den heterogenen Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Bürger. Die vornehmste Aufgabe des Schweizervolkes wird es sein, auf dem Wege der *Bundesfinanzreform* die Mittel zur Deckung der infolge des Krieges gewaltig angewachsenen Staatsschulden im Sinne einer sozialgerechten Belastung der einzelnen Volkskreise zu schaffen. Das schwierige Problem ist zwar im verflossenen Jahre noch nicht gelöst, aber durch Vorlage eines bundesrätlichen Programms doch der Lösung nähergeführt worden. Das die Erwartungen übersteigende Resultat der *eidgenössischen Kriegsteuer* stellt dem werktätigen

Patriotismus des Schweizervolkes ein gutes Zeugnis aus und läßt hoffen, daß auch die weiteren materiellen Opfer vom Souverän willig getragen werden.

Die *humanitäre Mission* der Schweiz im gegenwärtigen Kriege hat eine wesentliche Erweiterung erfahren durch die *Hospitalisierung kranker Kriegsgefangener* verschiedener Nationalität, deren Zahl fortwährend steigt. Auch in der Nähe St. Gallens sind zahlreiche erholungsbedürftige deutsche Krieger, denen bei der Ankunft jeweils ein sympathischer Empfang bereitet wurde, in den verschiedenen Kurorten untergebracht worden und erholen sich zusehends von ihren Gebrechen und den im Kriege und in der Gefangenschaft erduldeten Leiden. Gerne möchte unser Land

seine bisherige erfolgreiche und uneigennütige Tätigkeit im Dienste der Humanität durch eine *Friedensvermittlung* krönen; aber leider ist der psychologische Moment hierzu immer noch nicht gekommen, und es entspricht die Erklärung, mit der Herr Bundesrat Hoffmann in der Junisession des Nationalrates eine dahinzielende Anregung Scherrer-Füllemanns beantwortet hat, nach wie vor den realen Verhältnissen, die auch durch glühende Friedenssehnsucht nicht geändert werden können. *Fl.*



Wachmannschaft (St. Galler Landwehr-Bataillon 159).